

Ressort: Finanzen

Top-Positionen in Firmen mit Bundesbeteiligung bleiben Männerdomäne

Berlin, 24.02.2018, 10:46 Uhr

GDN - Frauen bleiben bei der Besetzung von Führungspositionen in Unternehmen mit Bundesbeteiligung trotz politischen Drucks weiterhin unterrepräsentiert. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion hervor, über die das "Handelsblatt" berichtet.

Danach waren im Jahr 2017 von den 150 Geschäftsführerpositionen in allen unmittelbaren Bundesbeteiligungen nur 26 mit Frauen besetzt, was einem Anteil von 17,3 Prozent entspricht. Im Jahr 2015 lag der Frauenanteil bei 132 Personen in der Geschäftsführung noch bei 18,2 Prozent. Ernüchternd ist auch: Ende 2017 war in 41 der 65 von der Bundesregierung gelisteten Unternehmen keine Geschäftsführerposition mit einer Frau besetzt. In acht Unternehmen betrug der Frauenanteil 50 und in weiteren fünf 100 Prozent. Ein Unternehmen war ohne Geschäftsführung. Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Kerstin Andreae sprach von einem "echten Trauerspiel". "Wenn solche Entwicklungen nicht konsequent für die Einsetzung von Frauen genutzt werden, dann ist es kein Wunder, wenn es mit der gleichberechtigten Besetzung von Top-Positionen in Unternehmen nicht vorangeht", sagte Andreae dem "Handelsblatt". Bislang gibt es keine gesetzliche Frauenquote für Führungsstellen in Unternehmen mit Bundesbeteiligung. Das sogenannte Bundesgremienbeteiligungsgesetz sieht in Anlehnung an die Vorgaben für die Privatwirtschaft eine 30-Prozent-Frauenquote lediglich für Aufsichtsräte von Unternehmen vor, in denen dem Bund mindestens drei Gremiensitze zustehen. Ab diesem Jahr soll dieser Anteil auf 50 Prozent erhöht werden. Ein ambitioniertes Ziel, wie selbst die Bundesregierung einräumt. "Angesichts des geringeren Anteils von Frauen an Leitungsfunktionen in den obersten Bundesbehörden wird das Erreichen dieses Ziels erhöhte Anstrengungen erforderlich machen", heißt es in der Antwort auf die Grünen-Anfrage. Die für einzelne Gremien federführenden Bundesministerien müssten "noch stärker als bisher vorausschauend planen", um rechtzeitig vor anstehenden Neubesetzungen einen ausreichend großen Kreis an geeigneten Personen zur Verfügung zu haben. Laut der aktuellen Statistik ist die Bundesregierung von ihrem 50-Prozent-Ziel noch weit entfernt. So lag der Anteil der vom Bund für Aufsichts- und Verwaltungsräte benannten Frauen Ende 2017 bei 37,1 Prozent und damit ungefähr beim Wert von 2015 (37,3 Prozent). Berücksichtigt man zusätzlich die Posten, die ohne direkte Mitwirkung des Bundes besetzt werden, ergibt sich ein schlechteres Bild. Danach stieg der Frauenanteil von 27,3 (Ende 2015) auf 30,2 (Ende 2017). Die Grünen-Politikerin Andreae forderte die Bundesregierung zum Handeln auf. In diesem Jahr besetze der Bund etwa 300 Sitze in Aufsichtsräten und wichtigen Gremien neu. "Würde es die Bundesregierung ernst meinen mit ihren politischen Ansagen, dann müsste sie die 50-Prozent-Vorgabe ausnahmslos durchsetzen – oder auf die Besetzung verzichten, wenn nicht genug Frauen benannt werden können", sagte Andreae. Gleiches verlange sie von Unternehmen der Privatwirtschaft auch. "Es ist nur fair, gleiches Maß an sich selbst anzulegen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-102557/top-positionen-in-firmen-mit-bundesbeteiligung-bleiben-maennerdomaene.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com